

# Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Sonntag, den 23. Januar 1881.

Nr. 37.

Berlin, 22. Januar. Bei der heute fortgesetzten Ziehung der 4. Klasse 163. preussischer Klassenlotterie fielen:

1 Gewinn zu 450,000 Mk. auf Nr. 6895.  
1 Gewinn zu 30,000 Mk. auf Nr. 57615.  
3 Gewinne zu 15,000 Mk. auf Nr. 69008  
73955 81854.

4 Gewinne zu 6000 Mk. auf Nr. 60574  
61597 71707 74337.

49 Gewinne zu 3000 Mk. auf Nr. 597  
1247 2183 3700 5576 7126 7402 11019  
12683 14561 16211 18711 20057 26831  
26938 27260 27698 31851 32245 34733  
36536 36650 37729 39045 40162 44582  
44774 45275 46898 47603 50596 51553  
51610 53176 54832 60807 67180 68471  
71809 72238 77221 79984 81139 81399  
85239 86121 88140 89336 94841.

60 Gewinne zu 1500 Mk. auf Nr. 642  
1762 4878 6834 8235 12820 14040 14553  
15873 16632 17300 17520 20902 24424  
25978 26050 26469 27332 29334 32419  
33060 34155 34628 39687 40263 43324  
45022 46290 53710 55029 61956 62230  
66749 67850 69795 71205 71936 73558  
74570 77442 78484 78601 79061 80922  
81358 82296 83632 83889 84382 84747  
84937 85277 85529 86144 86967 89844  
91383 92911 93859 94027.

78 Gewinne zu 600 Mk. auf Nr. 662  
1971 4438 4583 7701 8245 9711 10282  
10292 10619 21920 15954 17702 20257  
20601 20725 20937 21169 21933 22662  
25877 27311 28446 32000 33693 34763  
34913 36619 38528 38813 40866 41392  
41999 42013 45184 45907 46706 47541  
50450 50903 51083 52534 55735 55766  
57157 57480 58542 59073 61056 62503  
62963 65769 65868 66988 66929 67519  
67536 68573 69044 73501 75735 76444  
78998 80269 83609 84223 84958 85624  
86171 86606 87684 87993 89607 89786  
92088 92779 93321 94892.

## Deutschland.

\*\*\* Berlin, 21. Januar. Es wird uns mitgeteilt, daß die Art, wie der zehnjährige Gedentag der Wiederaufrichtung des deutschen Reiches in zahlreichen Kreisen der Nation, namentlich auch in akademischen Kreisen gefeiert worden ist, das Gemüth unseres Kaisers sehr wohlthuend berührt hat. Die freudige Begeisterung, welche sich in den Festakten der Studierenden kundgab, welche in zahlreichen telegraphischen Zurufen an Se. Majestät einen beredten Ausdruck gefunden hat, die Begrüßungen und Beglückwünschungen, welche schriftlich wie telegraphisch, sogar in bildlichen Darstellungen und in poetischer Form dem Kaiser überbracht worden sind, Alles das hat Zeugniß von einer tiefen Bewegung abgelegt, welche zu der Hoffnung berechtigt, daß das hohe Gut, welches der deutschen Nation in jener denkwürdigen Zeit zu Theil geworden, nach seinem ganzen Werthe fortdauernd geschützt und heilig gehalten wird.

Auf ultramontaner Seite war man am Donnerstag sehr ungehalten über die „Provinzial-Korrespondenz“. Wahrscheinlich hat dazu der Leitartikel der jüngsten Nummer des halbamtlichen Blattes die Veranlassung gegeben. Die geringe Befriedigung, welche derselbe auf katholischer Seite hervorgerufen hat, ist begreiflich, es muß aber bedacht werden, daß jedenfalls der Inhalt, nicht die Haltung und der Ton des Artikels, Grund des Mißverständnisses ist. Es wird von der ultramontanen Presse abermals bestritten, daß der Papst das Non possumus in Bezug auf den Punkt, auf den es ankommt, selbst als hinlänglich erklärt habe. Es wird behauptet, der Papst habe ein Zugeständniß erst in Aussicht gestellt, wenn die Regierung ihrerseits eine prinzipielle Revision der Maigesetzgebung zugesagt. Das ist jedoch nicht richtig. Die jetzige offiziöse Ausführung konzentriert sich, namentlich in der „Prov.-Korr.“ auf die Frage der Anzeigepflicht des Geistlichen. In dieser Beziehung aber hat das Breve vom 24. Febr. v. J. das Non possumus einfach zurückgenommen. Daß hinterher noch Vorbedingungen gestellt werden für die Erfüllung dieser Zusage, hat offenbar den Nuntius in Wien ebenso sehr überrascht, wie den Kultusminister von Puttkamer, dessen einleitende Rede bei der vorjährigen Diskussion darüber

nachzusehen ist. Es ist auch nicht richtig, wie die „Germania“ behauptet, daß die offiziöse Presse zugestanden habe, daß in den betreffenden Gesetzen ein Eingriff in die inneren Angelegenheiten der katholischen Kirche enthalten sei. Vielmehr behauptet sie noch jetzt, daß die katholische Kirche einer Forderung widerstrebe, welche nicht das Geringsste mit den inneren Angelegenheiten der Kirche zu thun habe und die der Papst nicht bloß in anderen Staaten, sondern durch das genannte Breve auch für Preußen bereits zugestanden habe. Welche Gründe die Zurücknahme herbeigeführt, darüber ist nichts bekannt.

Das kgl. Gesundheitsamt beabsichtigt, eine fortlaufende öffentliche Berichterstattung für das deutsche Reich über das Auftreten derjenigen gemeingefährlichen Krankheiten herbeizuführen, welche der Anzeigepflicht unterliegen. Das kgl. Gesundheitsamt verkennt die Schwierigkeiten nicht, welche dieser Arbeit gegenwärtig entgegenstehen, und ist auch darüber nicht in Zweifel, daß eine solche Berichterstattung in der ersten Zeit nur einen geringen Anspruch auf Verwerthbarkeit würde machen können. Gleichwohl glaubt dasselbe bei den mehrfachen Anregungen zur Inangriffnahme einer solchen von einer centralen Stelle aus geleiteten Berichterstattung erwarten zu dürfen, daß dieselbe eine rege Mitarbeit von Seiten der Medizinalbeamten und Fachmänner, insbesondere der Regierungs-Medizinalräthe und Medizinal-Referenten wachrufen und durch diese Arbeit sich allmählich zu einem werthvollen Vergleichsobjekt ausbilden wird. Bei der großen Wichtigkeit, welcher einer nach übereinstimmenden Grundrissen zu bearbeitenden Erkrankungs- und Sterblichkeitsstatistik der Menschenseelen für das deutsche Reich und speziell auch für Preußen zuerkannt werden muß, sowie bei der Bedeutung eines auf die Gegenwart sich beziehenden fortlaufenden Sanitätsberichts, dessen die Intensität, Ausdehnung und Wanderung der ansteckenden Krankheiten kennzeichnende Resultate unmittelbar für die Zwecke der Medizinal-Verwaltung verwendbar gemacht werden können, hat der Kultusminister auf Ersuchen des Reichskanzlers an die Oberpräsidenten den Wunsch gerichtet, die Bestrebungen des kgl. Gesundheitsraths nach dieser Richtung hin thätlich zu fördern. Es wird daher erwartet, daß die Medizinalbeamten, insbesondere die Regierungs-Medizinalräthe, über die in ihrem Beobachtungsbereich vorgekommenen Erkrankungsfälle an Cholera, Pocken, Unterleibstypus, Flecktypus, Masern, Scharlach und eventuell auch an Diphtheritis und Kindbettfieber dem kgl. Gesundheitsamt eine allwöchentliche Mittheilung machen.

Berlin, 22. Januar. Geheimrath Neuleur ist, wie dem „Berl. Tgl.“ gemeldet wird, am 2. Dezember von einem Unfall betroffen worden, der leider sehr able Folgen für ihn gehabt hat. Spät Abends fuhr der deutsche Kommissar noch in einer wichtigen dienstlichen Angelegenheit nach dem ziemlich entfernten Bureau einer englischen Behörde, wobei sein Wagen von einem ihm entgegenkommenden Gefährt dermaßen angefahren wurde, daß Achsen, Räder und Deichsel desselben zerbrachen. Geheimrath Neuleur jählings hinausgeschleudert und unter den umgestürzten Wagen begraben wurde. Als man den deutschen Kommissar endlich befreit hatte, stellte sich heraus, daß er sich nicht vom Boden erheben konnte. Mit Hilfe einiger Vorübergehender wurde er in ein benachbartes Haus getragen und von dort durch die Leute eines herbeigerufenen Arztes in seine Wohnung geschafft, nachdem der Arzt konstatiert hatte, daß Neuleur zwei Rippen und das Schlüsselbein gebrochen und eine Lungenquetschung erlitten habe. Erst vier Tage später konnte jede Lebensgefahr als beseitigt angesehen werden. Zwar hatte Neuleur große Schmerzen ausgehalten, doch ging es ihm von da ab erheblich besser. Er trägt seine Schmerzen mit dem ihm eigenen lebenswürdigen Humor, und ordnet von seinem Krankenlager aus Alles auf die Ausheilung Bezügliche an. Die Ärzte rechnen, wenn Alles gut geht, auf ein drei- bis vierwöchiges Krankenlager. Dank den vorzüglichen Arrangements Neuleur's erleidet der Dienst in der Ausstellung keinerlei Störung.

— Ueber die Einnahme von Lima schreibt die „N.-Ztg.“:

Der Krieg an der Westküste Südamerikas hat den Verlauf genommen, den alle mit den dortigen Verhältnissen vertraute Beurtheiler vorherge-

sagt haben. Chile ist von Beginn der Feindseligkeiten an von Sieg zu Sieg geschritten, seine Waffenmacht und die geschicktere Führung haben ihm zu Wasser wie zu Lande ununterbrochen Erfolg gesichert. Das von revolutionären Elementen zersetzte Peru und das mit ihm verbündete ohnmächtige Bolivien waren in keiner Weise den Chilenen gewachsen; der letzte Versuch, die siegreichen Feinde aufzuhalten, ist gescheitert und heute ist Chile in der Lage, den Frieden diktiren zu können. Lima, die Hauptstadt Perus, ist gefallen, die Chilenen sind als Sieger eingezogen. Nach einer Meldung des „Reuter'schen Bureau's“ aus Buenos Ayres ging der Einnahme der feindlichen Hauptstadt ein Angriff der chilenischen Armee auf die peruanischen Truppen bei Miraflores voran, bei welchem die Peruaner vollständig in die Flucht geschlagen wurden.

Der Präsident Pierola, sein Bruder und der peruanische Kriegsminister wurden gefangen genommen. Die Zahl der an der Schlacht von Miraflores beteiligten peruanischen Truppen betrug, obgleich dieselben in der Schlacht von Chorrillos bereits 700 Tode und 2000 Gefangene verloren haben sollen, noch 25,000 Mann. Beide Heere erlitten an Todten und Verwundeten große Verluste. Lima wurde darauf ohne ein neues Gefecht am 17. Januar von den Chilenen besetzt. Das diplomatische Korps in Lima bemüht sich um den Abschluß eines Waffenstillstandes und verlangt, daß die Person des Präsidenten Pierola respektiert werde. Nach einer weiteren Depesche ist auch Callao, die Hafenstadt Limas, nach heftigem Kampfe den Chilenen übergeben worden.

Jetzt werden die Peruaner aufs tiefste beklagen, daß sie die ihnen von Chile angebotenen Friedensbedingungen so kurzer Hand von sich gewiesen haben. Aber ihr Präsident und Diktator Pierola machte es wie Jules Favre und erklärte dem Sieger, seinen Fuß breit Bodens abtreten zu wollen. Die Unterhandlungen wurden im Oktober v. J. durch Intervention der Regierung von Washington eingeleitet und auf dem amerikanischen Kriegsschiffe „Hawawanna“ gepflogen. Die damaligen Forderungen Chiles waren folgende:

1) Bolivia tritt die Provinz Atacama, Peru die Provinz Tarapaca einschließlich der in beiden Provinzen gelegenen Salpeter- und Guano-Lager an Chile ab. 2) Die Allirten zahlen eine Kriegsschadensentschädigung (über welche die Angaben zwischen 12 und 20 Mill. Pfd. Sterl. schwanken). 3) Peru verpflichtet sich, den Hafen von Arica nicht wieder zu besetzen und 4) das Transportschiff „Atacama“ zurückzugeben.

Die Peruaner haben keinen andern Ausweg mehr, als sich den Chilenen auf Gnade und Ungnade zu ergeben; denn daß sich die Argentinische Republik, auf deren Unterstützung sie bis zuletzt hofften, jetzt noch entschließen sollte, gegen das siegreiche Chile zu Gunsten Perus die Waffen zu ergreifen, ist im hohen Grade unwahrscheinlich, so sehr auch Argentinien die aufsteigende Macht Chile's fürchtet.

Der Krieg zwischen Chile und den verbündeten Peru-Bolivia begann im Frühjahr 1879. Die Ursache gab eine Grenzstreitigkeit zwischen Chile und Bolivia. Beide Länder beanspruchten schon seit Ende der dreißiger Jahre den Besitz über den zwischen dem 23. und 24. südlichen Breitengrade gelegenen Theil der Wüste Atacama, der sich durch seinen Reichthum an Guano, Salpeter und Silber auszeichnet. Der Zwist, bei dem es sich um das Recht der Ausbeute oder Besteuerung jener Naturprodukte handelte, wurde wiederholt durch Verträge beseitigt; Bolivia glaubte aber, dieselben ungestraft brechen zu können, indem es, gestützt auf geheime Zusicherungen Perus, während Chile sich in Verwickelungen mit Argentinien befand, sich aller ihm lastigen Verpflichtungen für ledig erklärte. Chile verständigte sich jedoch mit der argentinischen Republik und hatte somit alle Kräfte verfügbar, nachdem sich die diplomatischen Unterhandlungen zerschlagen hatten. Chile besetzte im Februar 1879 das streitige Gebiet und damit war der Krieg eröffnet. Bolivia rief Peru zu Hilfe, welches sich durch ein geheimes Abkommen vom Jahre 1873 zum Schutz und Trug mit Bolivia gegen Chile verbündet hatte. Es hatte diesen Schritt gethan in der Hoffnung, im gegebenen Augenblick Chiles drückende Konkurrenz im Guano- und Sal-

peterhandel zu vernichten und mit Hilfe Bolivias denselben für sich monopolisiren zu können. Die Verbündeten hatten jedoch die Machtmittel und die Energie der chilenischen Staatsmänner unterschätzt, ein Irrthum, den sie heute mit dem Verlust der streitigen Provinzen und ungeheurer Summen an Geld und Gut büßen müssen. Es ist überhaupt fraglich, ob sie im Stande sein werden, ihre staatliche Selbstständigkeit aufrecht zu erhalten.

— Die nationalliberale Fraktion hat in ihrer heutigen Sitzung beschlossen, den Antrag Minnigerode abzulehnen. Der Beschluß wurde einstimmig gefaßt.

— Ueber den Eindruck, welchen die gestern von Gambetta bei der Ueberrahme des Kammerpräsidentens gehaltenen Rede in Paris hervorgerufen hat, geht der „Nat.-Ztg.“ aus Paris, 22. Januar, folgende Mittheilung zu:

Die gesammte Oppositionspresse bezeichnet die Antrittsrede Gambettas als eine Desavouirung seiner Gherbourger Rede, sowie als Zustimmung zu der Politik Barthélemy Saint-Hilaire's. Zu diesem Verhalten soll der Kammerpräsident durch die Haltung der Kammer selbst und durch das Drängen der öffentlichen Meinung gezwungen worden sein.

— Das ultramontane bairische Vaterland vom 21. Januar trägt einen Trauerrand, zum Andenken an den Tag, an welchem die bairische Kammer der Abgeordneten die Versailles Verträge genehmigte. Der großen Thatfache der deutschen Einigung gegenüber wagt das Blatt ein kaiserliches Wort dahin zu travestiren: „Welche wunderbare Wendung durch Gottes — Zulassung.“

Wir glauben uns jeder Bemerkung diesem Verfahren gegenüber, welches sich von selbst richtet, enthalten zu sollen. Aber man darf wohl darauf gespannt sein, ob diese Art der Agitation von Seiten der Behörden eine Remedur finden wird.

## Ausland.

Paris, 21. Januar. Heute fand eine Versammlung der großen Pariser Finanzinstitute statt, welche von der türkischen Regierung aufgefordert worden sind, die Vermittelung mit ihren Gläubigern zu übernehmen. Es wurde in dieser Versammlung konstatiert, daß allein in Frankreich bereits 5000 Inhaber türkischer Schuldtitel ihre Zustimmung angemeldet haben, daß ferner die Nachrichten von den in Wien, Rom und Brüssel gebildeten Komitees ebenfalls günstig lauten, und daß auch aus Deutschland zahlreiche Anmeldungen erfolgen. Da die Gläubiger drängen, mit der Absendung von Delegirten vorzugehen, wurde als besonders geeignete Persönlichkeit ein ehemaliger hoher Beamter in Aussicht genommen und beschlossen, denselben als Delegirten Frankreichs der Wahl der Interessenten zu empfehlen.

## Provinzielles.

Stettin, 23. Januar. (Zur Lehrlingsfrage.) In der in letzter Zeit so vielfach erörterten Handwerkerfrage nimmt das Lehrlingswesen einen hervorragenden Platz ein und nicht mit Unrecht führt man Klage darüber, daß brauchbare Elemente sich heute in erheblicher geringerer Grabe der Erkennung eines Handwerks widmen. Ohne auf die mannigfachen Ursachen dieser Erscheinung hier näher einzugehen, ist doch ein Punkt hervorzuheben, der zweifellos viel dazu beiträgt, daß gegenwärtig so mancher Lehrling, der anfangs vielleicht zu guten Hoffnungen berechtigete, später doch nicht einschlägt und die Erwartungen seines Meisters täuscht. Es ist dies der Umstand, daß der Lehrling jetzt in den meisten Fällen nicht mehr der Hausgenosse des Lehrmeisters ist, nicht mehr unter der früher so wohlthuenden Zucht der „Frau Meisterin“ steht, sondern außerhalb des Hauses seines Meisters schlüft und, nach dem Feierabend dieses Hauses verlassen, für den Rest des Tages und die demselben folgende Nacht größtentheils ohne Aufsicht sich selbst und seinen guten oder bösen Neigungen überlassen bleibt. Die guten Neigungen — das lehrte die Erfahrung — sind gar bald entflohen und werden durch schlechte Gesellschaft in kurzer Zeit völlig erstickt, so daß die bösen Triebe die Herrschaft über den jungen Mann erlangen und ihn von der Bahn des Guten immer mehr ablenken. Wir wissen recht gut, daß man in Handwerkerkreisen nicht gern mehr etwas davon hören will, den Lehrling in Zukunft beim Meister woh-



nen zu lassen. Der Eine klagt über Mangel an Raum in der Wohnung, da bei den hohen Mietpreisen jedes Kämmerchen, jeder Schlafstellenraum anderweitig verwertet werden muß, der Andere schreckt wieder vor den Ausgaben für die Kost des Lehrlings zurück und so werden die verschiedensten Gründe geltend gemacht, um die Forderung, daß der Lehrling künftighin allgemein wieder der Hausgenosse des Meisters sei, als unerfüllbar hinzustellen. Im Interesse des Handwerks selbst würde es jedoch liegen, wenn die Meister sich entschließen, ihre Lehrlinge, wie in jener Zeit als das Handwerk noch „goldenen Boden“ hatte, in der eigenen Wohnung zu beherbergen, denn gerade die beständige Aufsicht des Meisters lehrt den angehenden Handwerker, sich fortwährend mit dem zu erlernenden Handwerk beschäftigen, das Familienleben seines Meisters ist ein lehrreiches Beispiel für ihn, wozu Arbeit und Fleiß es bringen können, es ist ein Sporn, durch gleichen Fleiß es zu einem tüchtigen Gefellen und Meister zu bringen und die Unmöglichkeit, in schlechte Gesellschaft zu gerathen und die freie Zeit in unwürdiger Weise zu verbringen, schützt den Lehrling vor der Gefahr, sich untreu zu werden. Man muß sich der Hoffnung hingeben, daß in den Kreisen der Handwerks-Meister dieser Punkt der Lehrlingsfrage einer gründlicheren Erwägung, als es bisher geschehen, unterzogen wird.

Die verehel. Arbeiter Wilhelmine Starf geb. Rost aus Garz a. D. hat vor dem Jahre 1873 bereits mehrere Strafen wegen Diebstahls erlitten, darunter 5 Jahre Zuchthaus. Seit dieser Zeit ist jedoch keine strafbare Handlung ihrerseits zur Kenntniß der Behörde gekommen. In der gestrigen Sitzung der Strafkammer des hiesigen Landgerichts war sie wieder beschuldigt, am 29. August v. J. in Garz einen Diebstahl ausgeführt zu haben. Die Beweisaufnahme ergab jedoch so wenig belastende Momente, daß der Gerichtshof auf Freisprechung erkannte.

Die Anklagen wegen strafbaren Eigennutzes, d. h. gegen solche Mieter, die mit ihren Möbeln ausziehen ohne Miete zu bezahlen, trotzdem der Wirth die Möbel mit Beschlag belegt hat, mehrten sich, denn fast an jedem Sitzungstage hat der Gerichtshof in einer derartigen Sache zu entscheiden. Auch eine Verhandlung in der gestrigen Sitzung der Strafkammer betraf eine solche Anklage gegen den Arbeiter Mart. G. Vogel und dessen Ehefrau Friederike geb. Marks. Die beiden Angeklagten wurden mit je 1 Woche Gefängniß bestraft.

Die nächste Verhandlung gegen die unter Sittenkontrolle stehenden Unverehel. Hulda Marie Auguste Laske und deren Zuhälter, den Arbeiter Christ. Brandt aus Zülchow, wurde mit Ausschluß der Deffentlichkeit geführt. Erstere war angeklagt, einem Arbeiter Vesterreich unter hier nicht wiederzugebenden Umständen einen 100-Mark Schein gestohlen und in Gemeinschaft mit Brandt verausgabt zu haben. Gegen die Laske wurde auf 3 Monate, gegen Brandt auf 1 Monat Gefängniß erkannt.

Der Drechslergeselle Heinr. Moritz Meyer aus Breslau treibt sich bereits seit dem Jahre 1857 hieselbst herum und dürfte in dieser Zeit wenig gearbeitet haben. Trotzdem scheint er an in Gewerbe noch eine gewisse Anhänglichkeit zu

haben, denn als er am 13. Dezember das hiesige Cigarrengeschäft betrat, fand er zwei gedrechselte Pfeifen so schön, daß er sie an sich nahm und sich damit entfernte. Er wurde jedoch dabei ertappt und hat nun seine Anhänglichkeit mit 2 Jahren Zuchthaus und Ehrverlust zu büßen.

Die unverehel. Bertha Sindling ist einer jener Nachtfalter, welche des Nachts die Straßen unserer Stadt durchschwärmen; bei einer derartigen Schwärmerei wurde sie am 31. Juli auf der Schulzenstraße von dem Revierwächter abgefaßt und vor Wache gebracht. Auf dem Wege nach dort bot sie dem Beamten 2 Mark, wenn er sie freilasse. Deshalb wegen Bestechung eines Beamten angeklagt, trifft sie eine Gefängnißstrafe von 1 Woche.

Schließlich wurde der bereits 9 Mal vorbestrafte Arbeiter Gust. Heint. Wilt. S. aß wegen eines am 26. August v. J. bei dem Kaufmann Jessel verübten Diebstahls mit 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus, 2 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurtheilt.

Dem Amtsrichter Richter in Treptow a. T. ist behufs Uebertritts zur landwirthschaftlichen Verwaltung die nachgesuchte Dienstentlassung ertheilt worden.

Bei dem heutigen zweiten Ziehungstage der 4. Klasse der preussischen Lotterie wurde das große Loos gezogen und fiel dasselbe auf Nr. 6895. Das Loos soll in Potsdam gespielt worden sein.

Der Winter, der in diesem Jahre in eifriger Strenge auftritt, veranlaßt den Verrichter der Posten und Telegraphen, Herrn Stephan, sich seiner Beamten anzunehmen. Es verlautet nämlich, daß dem Reichstage vom Unterstaatssekretär Stephan eine Bewilligungs-Vorlage von 900,000 M. zugehen wird zur Anschaffung von Einspannern für die Landbriefträger, welche künftig ihren beschwerlichen Dienst mit Pferd und Wagen ausführen sollen. (?)

In Bezug auf die Strafbarkeit von Miethsteuer-Defraudationen (unrichtigen Angaben der Miethsumme um einen geringeren Steuerbetrag zu erzielen) hat das Reichsgericht, I. Strafsenat, unter dem 28. Oktober v. J., folgende Entscheidung gefällt: In denjenigen Orten, in welchen eine städtische Miethsteuer, d. h. eine prozentuale Abgabe von dem jährlichen Miethsbetrage eingeführt ist und durch ortspolizeiliche Verordnung falsche Miethsteuerdeklarationen mit einer besonderen Strafe bedroht sind, sind falsche Miethsangaben beißus Hinterziehung der Steuer nicht als Betrug zu bestrafen, auch wenn sie sämtliche Requisiten eines nach § 263 Strafges. B. zu bestrafenden Betruges enthalten.

Der Druiden-Orden, welcher es sich zum Zwecke gemacht hat, die Bruderschaft zu befähigen und zu fördern, den gemeinschaftlichen geistigen Verkehr aller seiner Mitglieder und die Fürsorge für die Kranken und nothleidenden Brüder, sowie die Sorge für die Wittwen und Waisen zu pflegen, ohne auf das religiöse und politische Glaubensbekenntniß Rücksicht zu nehmen, hat seit 4 Jahren auch in Pommern festen Fuß gefaßt und bereits große Ausdehnung gewonnen. Der hier begründete „Pommernania-Hain“ feierte am Freitag im „Deutschen Garten“ sein viertes Stiftungsfest und hatte dazu zum ersten Male an eine größere An-

zahl von Nichtmitgliedern Einladungen ergehen lassen, welche derselben zahlreiche Folge gaben. In einem schwungvollen Prologe wurden die Ziele des Ordens, soweit sie für Nichtmitglieder von Interesse sind, klar gelegt und außerdem durch zwei lebende Bilder auf die Gebräuche der alten Druiden hingewiesen; damit wechselten Konzertvorträge und deklamatorische Vorträge, während den Schluß ein einaktiger Schwanke bildete. Bei der darauf folgenden Festtafel fehlte es nicht an zahlreichen Toasten; ferner sorgten zwei Festlieder für Abwechslung. Nach Aufhebung der Tafel schloß ein gemüthlicher Ball die Feier, welcher erst am Morgen sein Ende erreichte.

Herr Stadtrath Zapp hat in einem an den Stadtverordneten-Vorsteher gerichteten Schreiben seine in der letzten Stadtverordneten-Sitzung mitgetheilte Ablehnung einer etwa auf ihn fallenden Wiederwahl zurückgenommen.

### Bermischtes.

Berlin. Der oft genannte Kassirer G. A. Hugo Jander wurde gestern von der Strafkammer des Landgerichts zu vier Jahren und drei Monaten Gefängniß und 5 Jahren Ehrverlust verurtheilt. Jander hat geständig der Firma Samson u. Co. zunächst 6000 Mk. und dann 190,000 Mk. veruntreut, mit welcher letzteren Summe er bekanntlich am 9. November v. J. flüchtete. Bei seiner Ergreifung wurden noch 187,627 Mk. und 70 Pf. sowie 88 schwedische Kronenthaler in seinem Besitz gefunden, während weitere 1000 Mk., welche eine andere Person von diesem Sündenelde erhalten hatte, längst zurückgezahlt sind. Der der geschädigten Firma erwachsene Verlust ist somit ein verhältnißmäßig geringer. Jander behauptete in der Audienz, daß ihn beunruhigende Nachrichten über das Befinden seiner Mutter von der Fortsetzung seiner Flucht abgehalten hätten. Der Vertheidiger, Herr Rechtsanwalt Saul, wies darauf hin, daß sein Klient sich früherhin stets musterhaft betragen, und daß er sich lediglich zu der Unterschlagung habe verleiten lassen, weil er die veruntreuten 600 Mark nicht wieder zu decken vermocht.

Brenzlaun. Auf dem Ufersee war am Freitag auf dem schwachen Eise der Quartaner des hiesigen Gymnasiums, Herz, eingebrochen und rang bereits mit dem Tode. Der Primaner der Realschule, Edmund Kunz, Sohn des verstorbenen Kreisassessor-Rendanten, stürzte sich sofort ihm nach und rettete mit eigener Lebensgefahr den Knaben von dem sicheren Tode.

### Telegraphische Depeschen.

Augsburg, 22. Januar. Die „Allgemeine Zeitung“ erfährt aus bester Quelle, daß der Ministerialerz, welcher in Bezug auf die Antisemitischen Bewegung jüngst an die Regierungspräsidenten ergangen ist, einem ausdrücklichen Befehle des Königs entspricht.

Wien, 21. Januar. Der Sprachenausschuß beschloß auf den Antrag Herbsts betreffs der Sprachverordnung in der nächsten Sitzung die Regierung zu hören. Im Laufe der Berathung drückte Trojan seine Freude darüber aus, daß er mit den deutschen Landesleuten über einen modus vivendi berathen könne, Neger erklärte, die Czechen wollten einen ehrlichen Frieden.

Wien, 22. Januar. Ueber die bereits kurz

gemeldete Pulverexplosion in Antivari wird der „Politischen Korrespondenz“ aus Cetinje berichtet: Die Explosion fand in der Kirche von Antivari, in welcher 150 Faß Pulver und Kisten mit Granatenkugeln aufgespeichert waren, statt, mit einer Detonation, welche selbst in Cetinje donnerartig vernehmbar war. Eine große Anzahl von Häusern ist eingestürzt; etwa 40 Personen wurden getödtet oder verwundet.

Petersburg, 22. Januar. Die „Agence Russe“ erfährt, daß das Petersburger Kabinet geneigt sei, den Vorschlag der Pforte in Betreff der Unterhandlungen über die griechisch-türkische Frage in Konstantinopel anzunehmen. Das Kabinet gehe dabei von der Ansicht aus, daß der Vorschlag der Pforte deren Bereitwilligkeit, über die in dem Rundschreiben vom 3. Oktober v. J. gemachten Konzessionen hinauszugehen, in sich schließe. Es scheint daher auch nicht wahrscheinlich, daß die Mächte beabsichtigen, durch eine Vorfrage in dieser Hinsicht eine besondere derartige Erklärung von der Pforte zu verlangen.

Rom, 21. Januar. Der König und die Königin sind heute von Reggio in Cantazaro angekommen. Auch in Kalabrien wurden dieselben allerorten von der Bevölkerung enthusiastisch empfangen; bei den Empfangsfeierlichkeiten schloß sich den Civil- und Militärbehörden der hohe Klerus an.

Cattaro, 21. Januar. In vergangener Nacht wurde ein montenegrinisches Pulvermagazin in Antivari durch einen Blitzschlag in die Luft gesprengt. Mehrere Häuser wurden zertrümmert, gegen 20 Personen haben das Leben eingebüßt.

London, 21. Januar. Unterhaus. (Schluß.) Der Premier Gladstone vertheidigte Rylands gegenüber die Politik der Regierung betreffs des Transvaallandes und fügte hinzu, seit Erlaß der Instruktionen an den neuen Gouverneur des Kaplandes habe die Regierung ein Telegramm des Präsidenten des Oranje-Freistaates erhalten, in welchem der Präsident mittheilte, er schenke den böswilligen erfundenen Nachrichten in Betreff der Haltung der Holländer, welche nur den Frieden und die Wohlfahrt des gesammten Südafrikas wünschten, keinen Glauben und hoffe auf Erfolg der Bestrebungen zur Einstellung des Blutvergießens. Der Staatssekretär der Kolonien, Kimberley, habe am 12. d. dem Präsidenten für den Ausdruck seiner freundlichen Gesinnungen danken und ihm sagen lassen, daß die Regierung, vorausgesetzt die Boers stellen ihren bewaffneten Widerstand ein, nicht an der Herstellung eines befriedigenden Arrangements verzweifeln. Gladstone hob zum Schluß hervor, die Regierung müsse absolut die Politik festhalten, vor Allem die Autorität der Königin wiederherzustellen. Der Antrag Rylands wurde schließlich mit 129 gegen 33 Stimmen abgelehnt.

London, 22. Januar. Die Admiralität hat das Dampfschiff „Velleisla“ von Kingstown nach der Nordwestküste von Irland entsandt, um ein von Amerika kommendes Fahrzeug mit Waffen und Munition für Irland abzufangen.

London, 22. Januar. Das auswärtige Amt hat von der deutschen Regierung die Mittheilung erhalten, daß letztere ein Schiff an die librische Küste entsenden werde, um einige wilde Stämme für Plünderung der schiffbrüchigen Besatzung eines deutschen Schiffes zu züchtigen.

## Die Erbin der Waise von Lowood.

Nach dem Englischen

der

Lady Georgina Fairfax.

16)

„Ach, das ist ziemlich gleichgültig, wohin wir gehen; vorläufig wollen wir noch hier stehen bleiben und dem Tanze einige Minuten lang zusehen und dann können wir ja nach der Bibliothek schlendern.“

Die Musik ertönte und der Tanz begann. Auf und ab wogten die Tanzenden, blaue und weiße, rosa und gelbe Kleider in buntem Durcheinander schwebten vorüber, untermischt mit schwarzen Fracks.

Olivia's Augen wurden geblendet, ihre Gedanken verwirrten sich, der Zwang, den sie sich auferlegen mußte, anscheinend ruhig und aufmerksam dem Tanze zuzusehen, während ihr Herz vor Angst und Aufregung in wilden Schlägen pochte, drohte sie zu erstickern, und dennoch mußte sie, um nicht den Argwohn Bevernes reg zu machen, die größte Unbefangenheit heucheln.

„D!“ rief sie endlich aus, „wie unerträglich heiß es hier ist! Lassen Sie uns hinausgehen!“

Sie näherten sich der Thür.

„Welchen Weg sollen wir einschlagen, Miß Rochester?“

„Ach, wir wollen in die Bibliothek gehen, und uns die alten Damen und Herren ein wenig ansehen — oder nein! die Luft ist auch dort so drückend; zwischen den Farrenkräutern im Gewächshause ist eine Bank, da sitzt es sich viel angenehmer. Auch habe ich Ihnen so viel hübsche Sachen zu erzählen.“ septe sie mit ihrem bezauberndsten Lächeln hinzu.

Er ging in die Halle.

Zwei Minuten noch, und sie waren im Gewächshause und bogen um die Ecke des Mangnolia-Busches.

Der Arm, auf welchem ihre Hand ruhte, zuckte gewaltsam; ein unterdrückter Aufschrei entrang sich seinen bleichen zitternden Lippen. Eine große

schlanke Frauengestalt im schwarzen Kleide und weißen Händchen stand vor ihnen.

Es war Margarethe Beverne!

### 19. Kapitel.

#### Ein Strich durch die Rechnung.

Sie standen einander gegenüber, sich mit den Blicken messend. Der Mann war bleich wie der Tod, zitternd und feige zurückweichend — auch die Frau war blaß, aber ihre Blässe war die Blässe des Jornes und der Verachtung. Sie stand vor ihm, aufrecht und streng, die dunklen Brauen finster zusammengezogen, die großen eingefunkenen Augen fest auf ihn blickend. Sie mußte einst sehr schön gewesen sein, vor Jahren, ehe Vernachlässigung, Lebenssorge und Armuth ihren Zügen die Furchen der Sorge eingegeben hatten.

„Ich kenne Sie nicht — welch ein Gaukelspiel wird hier getrieben?“ stöhnte der Clende.

„Ich glaube, Sie kennen mich nur zu wohl, Alfred Beaver,“ entgegnete sie langsam. „Ich bin Ihre Gattin!“

Einen furchtbaren Fluch ausstoßend, wandte er sich zu Olivia.

„Es ist Betrug,“ schrie er mit heiserer Stimme. „Ein schändlicher Betrug, eine zufällige Aehnlichkeit mit einer Frau, die einst mein Weib war, denn sie ist gestorben — beim Himmel über uns, sie ist todt!“

„Sagen Sie lieber, Sie wünschten, sie wäre todt, Alfred Beaver!“

„Sie hören es, sie nennt mich nicht einmal bei meinem Namen, sie hält mich für einen Andern! Sie werden doch nicht an diese Possen, dieses Märchen glauben, Miß Rochester?“ sagte er mit einem kurzen wilden Lachen.

„Jedenfalls sehen Sie bestürzt genug aus,“ sagte Olivia geringschätzig. „Ich glaube, daß an der Wahrheit dessen, was jene Dame behauptet, nicht zu zweifeln ist. Ihrem leichenhaften Aussehen und dem Erschrecken nach zu urtheilen, welches Sie beim Anblick derselben kundgeben.“

Er warf ihr einen wüthenden, vernichtenden Blick zu.

„Und Sie sind auch in dem Komplott! Sie

führten mich hierher! Sie wußten, daß jenes Weib hier verborgen war — leugnen Sie es, wenn Sie es können!“

„Ich leugne es durchaus nicht,“ erwiderte Olivia mit bewunderungswürdiger Ruhe. „Ich wünsche auch nicht, es zu leugnen, denn ich will Edith davor retten, das Opfer eines elenden, gewissenlosen Schurken zu werden!“

„Falsche, doppelzüngige Schlange! Ich hätte das von Ihnen erwarten sollen! Und Sie, Weib, was wollen Sie von mir? wahrscheinlich Geld!“

„Hören Sie mich an, Algernon Beverne,“ sagte Olivia gelassen. „Weber diese Dame, Ihre rechtmäßige Frau, noch ich haben die Absicht, Ihnen zu schaden. Sie standen im Begriff, wesentlich ein furchtbares Verbrechen zu begehen, und Schande über eine anständige und achtbare Familie zu bringen, aber glücklicherweise sind Sie verhindert worden, zum zweiten Male ein Kind Sir Henry Vanes zu sich herab in den Schmutz zu ziehen. Sie sehen, daß ich um die Vergangenheit weiß. Mrs. Beaver verlangt Nichts von Ihnen. Sie zieht es vor, den falschen Namen fortzuführen, unter dem Sie ihr angetraut worden, als Ihren wahren Namen anzunehmen. Sie wird Sie nicht mehr beunruhigen, unter der einen Bedingung, daß Sie heute Abend Alles thun, was ich von Ihnen verlange.“

„Und was verlangen Sie von mir?“ murmelte er, als sei seine Kraft des Widerstandes gebrochen.

„Folgen Sie mir Beide,“ versetzte Olivia.

Nach vorangetrieben stieg sie die kleine Hintertreppe neben dem Gewächshause hinan, auf der sie mit Gerad Vane zusammengetroffen war. Bon Beverne und Margarethe gefolgt, ging sie in ihr Zimmer.

Nachdem sie die Thür sorgfältig verschlossen, zündete sie die Kerzen an und stellte die Lichter auf einen kleinen Schreibtisch, der am Fenster stand, tauchte die Feder in das Intenstaf und reichte sie Beverne.

„Sagen Sie sich und schreiben Sie, was ich Ihnen diktiren werde,“ sagte sie. „Im Begehrungsfall werde ich Sir Henry rufen lassen und ihm den Sachverhalt mittheilen.“

In mürrischem Schweigen gehorchte er, und sie diktirte ihm, wie folgt:

„Meine verehrte Lady Vane!

Ich bedauere unendlich, daß ein Telegramm, welches ich soeben erhalte, mich schleunigst zu wichtigen Geschäften abberuft, ohne daß ich im Stande wäre, Ihnen Lebewohl zu sagen. Ich bin genöthigt, augenblicklich abzureisen und hatte nur noch Zeit, Ihnen und Sir Henry für Ihre mir erwiesene Gastfreundschaft zu danken und Sie zu bitten, mir diese unzeremonielle Art des Abschiedes zu verzeihen.

Mit ausgezeichnetster Hochachtung

Ihr

aufrichtiger

Algernon Beverne.

„Theure Miß Vane!

Ich bedauere, daß ich der Verabredung mit Ihnen für heute Abend nicht nachkommen kann. Unvorhergesehene Umstände nöthigen mich, das Haus Ihres Vaters sofort zu verlassen. Ich muß Sie gleichzeitig davon in Kenntniß setzen, daß ich allen Ansprüchen auf Ihre Hand entsaue und jedes Eversprechen, welches ich Ihnen ehemals gegeben habe, zurücknehme; da es weder jetzt noch in Zukunft mir möglich ist, Sie zu meiner Gattin zu machen. Ich bin unfähig, Ihnen meine Handlungsweise zu erklären.

Ihr ergebener

A. Beverne.

Er schrieb und unterzeichnete beide Briefe, obgleich er einige schwache Einwände gegen den zweiten zu machen versuchte.

„Es ist wirklich albern, daß ich ihr einen solchen Brief schreiben soll! Es ist roh und nicht gentlemanlike!“

„Aber Sie hielten es nicht für roh und eines Gentleman unwürdig, ein junges Mädchen zu bereben, mit Ihnen davon zu laufen, während Sie noch ungewiß waren, ob Ihre rechtmäßige Gattin am Leben war oder nicht!“ rief Olivia empört aus.

„Sie wissen Alles,“ sagte er, Olivia schen ansehend. „Ich bin noch nie einem solchen Weibe begegnet.“







Das Honorar: Dankschreiben für 1. Rang und 2. Rang haben mit 1 M. Aufzahlung Gültigkeit.



# Rechenchafts-Bericht des Abgeordneten Schlutow.

Ich danke Ihnen, m. H., für den freundlichen Empfang, welchen Sie die Güte haben, mir zu bereiten. Derselbe ist mir um so wohlthuernder, als es ja das erste Mal ist, daß ich in meinem Wahlkreise öffentlich das Wort ergreife, seitdem ich die Ehre habe, denselben im Reichstage zu vertreten. Es ist mir Bedürfnis, bevor ich auf den eigentlichen Gegenstand unserer Tagesordnung eingehe, eine rein persönliche Angelegenheit mit einigen Worten zu berühren. Als ich mich im Sommer 1878 bereit erklärte, eine Kandidatur für den Reichstag anzunehmen, geschah dies auf die Anregung von Freunden, denen meine Person dabei mehr galt, als meine politische Parteilichkeit. Ich muß es ausdrücklich betonen, weil nach dieser Richtung vielfach noch irrige Auffassungen bestehen, daß meine politischen Ansichten von denen jener Freunde abwichen, was denselben wohl bekannt war. Nach den vielen Beweisen von Achtung und Vertrauen, welche mir bis dahin von allen Seiten entgegengebracht waren, glaubte ich, daß es vielleicht gerade durch meine Vermittlung gelingen möchte, einen Ausgleich der hier auf politischem, namentlich aber auf kommunalem Gebiete bestehenden scharfen Gegensätze herbeizuführen. Zu meinem aufrichtigen Bedauern belehrte mich damals der mit ungewöhnlicher Schärfe entbrennende Wahlkampf, daß meine erste Auffassung eine irrige gewesen war. Daß die Ausschreitungen desselben wohl Niemand lebhafter beklagen konnte als ich, und daß unter denselben wohl Keiner schwerer gelitten hat als gerade ich, wird, wer mich kennt, begreiflich finden. Ich darf die Unversicht hegen, daß inzwischen viele der Mißverständnisse, die damals so erregend wirkten, als glücklicherweise zu betrachten sind. Möge dies offener und herzlicher gemeintem Wort heute dazu beitragen, auch noch die letzten zu vermindern. (Anhaltendes Bravo!)

Es war ursprünglich meine Absicht, m. H., den Schluß der nächsten Reichstagsession und mit derselben auch dieser Legislaturperiode abzuwarten, um Ihnen dann mit meinem Dank einen Gesamtbericht abzugeben und Rechenchaft abzulegen über die Arbeiten des Reichstags und meinen Antheil an denselben. Ich folge heute, von diesem Versage abgehend, einem mir von den verschiedensten Seiten ausgesprochenen Wunsche um so lieber, als ja der Schluß des Reichstags möglicherweise im Sommer erfolgen kann, wo Viele von Ihnen verreiselt und von Stettin abwesend sind, und ich doch Ihnen Allen gerne Rede stehen möchte. Außerdem aber betrachte ich es als meine Pflicht als Abgeordneter, in dieser politisch so ernsten Zeit in engste Fühlung zu treten mit meinen Wählern, damit wir uns in dem, was wir für Recht erkannt, durch offene gegenseitige Aussprache stärken, und frei von pessimistischen Anschauungen, die ich für das Berkehrteste und Verderblichste im politischen Leben halte, über Mittel und Wege berathen, um unsere Ansichten wieder zur Geltung zu bringen. (Bravo!)

Sie wissen, daß diese Ansichten lange Jahre im Staate die leitenden gewesen sind, daß sie nicht allein getheilt von unserem großen Staatsmanne, sondern auch auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens von demselben zur Durchführung gebracht, plötzlich aber fast ohne Uebergang von ihm verlassen wurden und jetzt heftig bekämpft und verurtheilt werden. Lassen Sie mich nun, m. H., wenn auch nur in flüchtigen Umrissen, einen Rückblick werfen auf die wichtigsten Aufgaben der letzten Reichstagsessionen, bei denen ich redlich bestrebt gewesen bin, jede Entscheidung, vor die ich gestellt war, so zu fassen, daß ich sie vor meinem Gewissen und vor meinem Wahlkreise verantworten konnte. (Beifall.) Es gab Entscheidungen, welche nicht leicht zu treffen waren, weil es sich bei denselben um eine unausweichliche Wahl zwischen einem größeren und einem kleineren Uebel handelte. Dies war namentlich der Fall bei zweien der wichtigsten Fragen: bei dem Schutz des Landes gegen seine äußeren Feinde und bei der Sicherung der Staatsgesundheit vor ihren inneren Feinden. Es war in bedrückendes Gefühl, m. H., im Hinblick auf die so schwierigen Verhältnisse von Handel und Verkehr eine Vermehrung der Militärlasten um 17 Millionen, und eine vielleicht noch schwerer liegende Verminderung der productiven Kräfte des Landes aufheben zu sollen. Allein ein Blick auf unsere Nachbarn rechts und links, nicht auf ihre Rüstungen und ihre militärische

Stärke, sondern, was bedenklicher erscheint, auf den Volksschmerz und auf den in ihrer politischen Lage angehäuften Zündstoff ließ es natürlich erscheinen, daß eine Erhöhung der Präsenz unserer Heeres für erforderlich erachtet wurde. Selbst bei allem guten Willen der Regierungen jener Länder, den Frieden zu bewahren, ist doch keinerlei Bürgschaft vorhanden, daß nicht eine plötzliche Explosion erfolge, gegen welche Sicherheitsmaßregeln im verstärkten Maße unerlässlich erschiene. Dieser Gesichtspunkt muß uns über die schweren Opfer hinweghelfen, welche von Neuem auf 7 Jahre uns aufgebürdet sind. Wir wollen nicht nur gerüstet sein, wir müssen auch dem Auslande zeigen, daß wir Sorge tragen, es zu bleiben. Leichten Herzens hat trotzdem wohl Niemand sein bejahendes Votum abgegeben, da die Gefahr dieser fortwährend wachsenden Militärlasten jetzt bei allen Parteien vollste Würdigung findet. Was an Ersparungen auf diesem Gebiete durchzusetzen, dafür liegt meiner Ansicht nach der Schwerpunkt in den jährlichen Etatsberatungen der Budgetkommission, an deren Arbeiten ich im letzten Jahre als Mitglied theilgenommen habe. Dort wird es unsere Sache sein, mit verdoppelter Sparsamkeit vorzugehen. Gerne konstatire ich, daß auch die Militärverwaltung diese Aufgabe erkannt zu haben scheint, und hoffentlich aus eigener Initiative unseren Beschlüssen nach dieser Richtung zuvorkommen wird.

Ich wende mich nun zum Sozialistengesetz. Eine Reihe von Jahren hat die sozialdemokratische Agitation in Vereinen und in der Presse ihr Wesen getrieben, und Deutschland in Erregung erhalten. Die Auflösung aller Bande der Ordnung, die Beseitigung aller staatlichen Institutionen sollte scheinbarer Weise dem Arbeiter die Möglichkeit gewähren, von den Früchten seiner Arbeit mehr als bisher selbst zu genießen. Welche Auswüchse und Gefahren fortwährend derartige Agitationen erzeugen können, trat bei den Attentaten grell genug hervor. Da handelte es sich denn darum, energig einzugreifen, um die Bewegung endlich zu beseitigen, und so entstand im Herbst 1878 das Sozialistengesetz. Wenn auch dasselbe seinem Charakter nach als Ausnahmegesetz ernste Bedenken erregte, und wohl jedenfalls das Traurigste dabei das ist, daß es überhaupt notwendig war, so läßt sich doch, nachdem seine Wirkung während zweier Jahre erprobt worden, nicht in Abrede stellen, daß damit das Richtige getroffen wurde. Niemand wird natürlich so thöricht sein, zu glauben, daß die sozialistischen Ideen mit der öffentlichen Agitation nun auch verschwunden seien. Leider liegen Anzeichen genug vor, daß das Feuer im Stillen fortglüht. Ich bedaure, es hier aussprechen zu müssen, daß gerade die Wirtschaftspolitik der neuesten Zeit, auf die ich später hier noch zu sprechen kommen werde, und die täglich auftauchenden staatssozialistischen Projekte, durch welche Hoffnungen erweckt werden, die sich schließlich doch als trügerisch erweisen müssen, dieser Agitation stets neue Nahrung zuführen. So lange der Ausnahmezustand fort dauert, werden wir auch das Ausnahmegesetz nicht entbehren können. Es ist das eine zwingende Nothwendigkeit gegenüber Denjenigen, die sich selbst außerhalb der Gesetze stellen, welche den Bestand der Gesellschaft schätzen. Somit konnte der Reichstag in der letzten Session nur das Gesetz verlängern, nachdem einige Lücken in demselben ergänzt, die Garantien gegen Mißbrauch schärfer präzisirt worden waren, und man bestrebt gewesen, hervorgetretene Härten abzustellen. Vor allem aber sicherte sich der Reichstag eine Kontrolle durch die beschränkte Dauer des Gesetzes, damit diese Frage immer von Neuem an die Volksvertretung gelange, um zu prüfen, was geschehen und was weiter zu thun sei, das Uebel zu heilen. Es muß unser Aller Aufgabe sein, bei dieser Heilung mitzuwirken. Ehe es nicht gelingt, den leeren Schlagwörtern der Agitatoren gegenüber in dem Arbeiterstande die Ueberzeugung zu befestigen, daß er nur unter dem Schutze der bestehenden Gesetze, durch Sparsamkeit, Fleiß und freudiges Schaffen für sich und die Seinen ein gesichertes Fortkommen zu erringen vermag, werden wir nicht zu geordneten Verhältnissen zurückkehren. Unsere Pflicht muß es sein, dem Gebiete der Hilfsklassen, der Haftpflichtgesetzgebung u. dgl. mit Rath und That dem Arbeiterstande nach Kräften zur Hand zu gehen. Ich habe noch heute Morgen einen Artikel in der

„N. St. Ztg.“ gelesen über das, was für die Arbeiter im Elsaß gethan wird. M. H., was dort möglich ist, muß sich auch in Pommern durchführen lassen, wenn wir Alle Hand an's Werk legen. Beherzigen es doch leider so Wenige, daß das Ringen und Streben nach Lösung der sozialen Frage, dieser uralten, nie gelösten Frage, eben ihre einzige Lösung ist, an welcher mitzuarbeiten wir Alle berufen sind. Möge diese Mahnung auch heute nicht ungehört verhallen. (Beifall.) Sie ist gerade in dieser Zeit von doppelter Bedeutung! Wird doch diese gemeinsame Arbeit des Einen für den Andern roh zurückgedrängt durch das wilde Treiben einer Sorte von Agitatoren, die ganz nach dem Rezept der Sozialdemokraten verfahren. Wie diese, so schüren auch sie die schlechtesten Leidenschaften der Minderbegüterten gegen die Begüterten, gefährden den inneren Frieden, und untergraben die hohe, geachtete Stellung, welche Deutschland im Kreise der Völker einnimmt. Ja, während bei Jenen noch ihr Mangel an Bildung die Verblendung über ihr wahres Wohl als Milderungsgrund zu betrachten, hat der Taumel der Antimilitaristenbewegung Kreise ergriffen, für die das ernste Wort unseres Kronprinzen, daß diese Bewegung eine Schmach für Deutschland sei, mit doppelter Schwere zutrifft. (Beifall.) Mit Genugthuung konstatire ich dieser Verwirrung gegenüber, daß dieselbe in unserer Stadt, ja, in unserer Provinz keinen Boden findet. (Beifall.) Lassen Sie uns, m. H., vereint dahin wirken, im Geiste unsers Statthalters, daß seiner Provinz Pommern diese Ehrenstellung bewahrt bleibe. (Lange anhaltender Beifall.)

Wenn ich mich nun für verpflichtet halte, auch das sogenannte Wucherergesetz im Verlaufe der Session kurz zu berühren, obgleich der Gegenstand nicht zu den interessantesten gehört, so geschieht es zunächst, weil ich während zweier Sessionen an den Kommissionsberatungen über dasselbe mitgearbeitet habe, sodann aber auch, weil wir hier einen, der sozialen Frage durchaus verwandten Gegenstand vor uns haben. Es handelt sich auch bei dem Wucher um ein altes Uebel, an welchem Jahrhunderte vergeblich herumexperimentirt haben. Auch hier ist die Heilung niemals auf direktem Wege durch die Gesetzgebung möglich; nur ein selbstthätiges Eingreifen der menschlichen Gesellschaft durch Bildung von Darlehnskassen, durch Erleichterung der Beschaffung eines gesunden, volkswürdigen Kreditwesens, vor Allem aber durch Erziehung der Jugend, indem wir den Hang zum Leichtsinne in ihr zu unterdrücken trachten, vermag wirkliche Abhilfe zu schaffen. Der Beschluß des Reichstags ist einer sehr getheilten Beurtheilung begegnet, vielfach wohl auf Grund mißverständlicher Auffassung des Gesetzes. Zunächst ist es als ein entschiedener Erfolg zu bezeichnen, daß die durch eine liberale Gesetzgebung von 1867 erfolgte Beseitigung der Zinsbeschränkung von allen Parteien definitiv als richtig und unwiderruflich anerkannt ist. Auch der Stimmengriff zur Beschränkung der Wechselfähigkeit scheint nach den bekannt gewordenen Resultaten der darüber veranstalteten Enquete endgültig abgeschlagen. Die dem Strafgesetzbuche angefügten Wucherparagraphen und Abänderungen sollen nur solche Handlungen unterdrücken, welche dem natürlichen Rechtsgefühl als verbrecherisch sich darstellen. Es ist ein Irrthum, Wucher für identisch mit hohem Zinsfuß zu erklären. Wenn es als ein Fehler bezeichnet wird, daß in dem Gesetze eine bestimmte erschöpfende Definition des Begriffes „Wucher“ fehle, so ist das nicht in Abrede zu stellen. Aber im Volksbewußtsein lebt eine solche Definition, — die Gesetzgebung muß sich in erster Linie auf den gesunden Menschenverstand verlassen. In weit höherem Maße aber können wir das Vertrauen zu unserm Richterstande hegen, daß seine Lebenserfahrung und sein Wissen ihm Mittel an die Hand geben werden, das Gesetz richtig zur Anwendung zu bringen. Die mangelhafte Form desselben, namentlich in seiner Ausdehnung auf die zivilrechtlichen Folgen, kann nicht bestritten werden. Die Gefahr, daß dem Kleinverfehr unter Einwirkung dieses Gesetzes der ihm förderliche Kredit entzogen werde, hat die gesetzgebenden und auch von mir besorgten Dimensionen nicht angenommen. Mit genauerer Kenntniß der Tragweite der Strafbestimmungen werden die Uebelstände auch nach dieser Richtung hin sich ganz beseitigen lassen. Den Wucher werden wir durch das Gesetz nicht anerkennen,

aber die das Volksbewußtsein verletzenden Erscheinungen desselben in der Öffentlichkeit einschränken.

Ich gehe nun zu der Hauptaufgabe der letzten beiden Sessionen, der Finanz- und Steuerreform, über. Nach hier will ich nur in großen Umrissen ein Bild der Thätigkeit des Reichstags auf diesem Gebiete entwerfen. Ich glaube umso mehr mich darauf beschränken zu können, als gerade diese Fragen in ihrer nahen Beziehung zu den Ostprovinzen in unserer engeren Heimath mit Aufmerksamkeit verfolgt und allseitig in ihrer ganzen Tragweite verstanden worden sind. Vielleicht ist es als der einzig wirkliche Gewinn dieser Zeit zu betrachten, daß eine allgemeine Kenntniß wirtschaftlicher Verhältnisse durch dieselbe gefördert wurde. Wenn wir uns zunächst vergegenwärtigen, von welchem Ausgangspunkte diese sogenannte Reformbewegung in die Erscheinung getreten, so war es die Nothwendigkeit, dem Reiche neue direkte Einnahmequellen zu eröffnen für die mit Sicherheit voranzuführenden Bedürfnisse.

Es muß gerade von hier aus daran erinnert werden, daß von Seiten der liberalen Parteien, insbesondere auch von Seiten der Freihändler, diesem beabsichtigten Vorgehen vollste Zustimmung zu Theil wurde. Ob wir hierfür also den Titel „Reichsfeinde“ verdient haben, können wir getrost einer späteren unparteiischen Geschichtsschreibung überlassen. (Beifall.) Die Beschaffung obiger Mittel sollte auf dem Gebiete der indirekten Steuern erfolgen. Ich will auf die einzelnen Phasen, welche dieser Gedanke seit dem bekannten Briefe des Reichskanzlers im Dezbr. 1878 durchgemacht hat, hier nicht des Weiteren eingehen. Diese Frage wurde erst dem Moment an zum Kampf- und Tummelplatz aller Leidenschaften, als man den Plan der Finanzjölle aufgab. Unter Finanzjölle in diesem Sinne waren Jölle auf Wein, Kolonialwaaren und namentlich auf Tabak zu verstehen, wozu noch eine erhöhte Besteuerung dieses letzten, hierzu besonders geeignet erscheinenden Artikels hinzukommen sollte. Ich wiederhole, daß wir mit diesen Steuerprojekten uns einverstanden erklärt hatten; ich glaube sogar, daß wir unter solchen Verhältnissen uns vielleicht auch noch über den Petroleumzoll verständigt haben würden. Die Finanzreform sollte indeß nicht mehr so gefördert werden, sondern wurde plötzlich in Verbindung gebracht mit einer vollständigen Umänderung unserer gesamten Zoll- und Handelspolitik, durch Revision des Zolltarifs im extrem schutzöllnerischen Geiste. Es ist eine Behauptung, gegen die immer von Neuem ange kämpft werden muß, als ob bisher eine reine Freihandelspolitik Jahre lang uneingeschränkt bei uns geherrscht habe, und durch dieselbe alles Unglück verschuldet sei, welches die Krisis über uns gebracht hat. Die Zollpolitik, welche seit 1818 Preußen und später der Zollverein betrieben, war eine gemäßigte Schutzollpolitik, mit ängstlicher, vielleicht nach vielen Richtungen hin verfehrter Rücksicht auf unsere Lage und Bedürfnisse ausgewählt. Erst seitdem durch die Aera Bismarck-Debrück das System der Handelsverträge in eine freiere Richtung eingelenkt war, haben sich Handel und Wandel gehoben. Auch die heimische Industrie ist in dieser Zeit zu einer zwar viel bestrittenen und abgelehnten, aber an ihren Früchten zu erkennenden Entwicklung und Leistungsfähigkeit gelangt. Mit einer Fast, m. H., welche nur zu häufig die Motive durchblicken ließ, ging man nun an die Auserlegung neuer und erhöhter Schutzjölle, unter der viel mißbrauchten Devise: „Schutz der nationalen Arbeit“. Was gerade im nationalen Interesse zum Schutze unserer Industrie und des bis dahin mit ihr eng verbundenen Handels geschaffen, was bedeutende Männer unter ihrer fürsorglichen Leitung und Ueberwachung in jahrelanger, mühevoller Arbeit ins Leben gerufen — das wurde in wenigen Monaten in oft geradezu unbegreiflicher Weise zerstört. Es ist eine schwache Genugthuung für die Gegner dieses Verfahrens, daß dasselbe die verlangte, ehrliche Probe so schlecht besteht. Von allen Seiten laufen Klagen ein über die oberflächliche Arbeit, welche geleistet worden. Schon heute wird der neue Tarif von vielen Seiten als eine Schädigung derjenigen Interessen bezeichnet, denen man Schutz bereiten wollte. Daß wir Freihändler uns der mühevollen und undankbaren Arbeit unterzogen, Position für Position des Zolltarifs zu bekämpfen, ist bekannt. Die



schwer und dabei oft ums Herz war, besonders, wenn es sich um Zölle, wie auf Holz und namentlich auf Lebensmittel handelte, können Sie sich denken. (Beifall.) Ich nehme keinen Anstand, diese Zölle, die sich zwar neben ihrem Charakter als Schutzzölle, auch als Finanzzölle erweisen haben, gerade unter den letzteren auch, als zu den allerschlechtesten gehörig zu bezeichnen. (Beifall.) Es wird sich ja zeigen, ob nicht die Fabrikanten mit Rücksicht auf ihre Arbeiter, sehr bald die Abschaffung der Lebensmittelzölle werden dringend beantragen müssen. (Beifall.) Wir haben uns Verbürgungen der verschiedensten Art gefallen lassen müssen, gegen die uns nur unser gutes Gewissen schützen kann. Der Vorwurf, daß auch der Freihandel nichts als Sonderinteresse sei, trifft uns nicht. Wir wünschen und erstreben mögliche Verkehrsfreiheit, nicht weil sie uns, oder diesem oder jenem Handelszweige nützt, sondern weil wir der Ansicht sind, daß das ganze Volk sich dabei am Besten findet. (Beifall.) In diesem Bewußtsein haben wir das Recht, und sind stolz darauf, alle Versuche, uns Sondervorteile aufzudrängen, zurückzuweisen, als mit dem Gemeinwohl nicht vereinbar. Jede Günst, die auf wirtschaftlichem Gebiete dem Einen erwiesen wird, muß einem Andern entzogen werden. Hier gilt das scherzende Wort: „Wohler nehmen und nicht stehlen.“ (Heiterkeit.) Wir verlangen nur, daß man uns nicht neue und unnötige Hemmnisse und Störungen bereite, wie bei dem Küstenfrachtabfahrt-Gesetz beabsichtigt war und zu meiner Ueberraschung von Neuem beabsichtigt wird. Ueß es nicht seltsam berühren, m. H., wenn dies geschieht im Hinblick auf die verschiedenste Stellungnahme fast aller Sachverständigen gegen das Gesetz, der nautischen Vereine und der größeren Handelskammern der Küstenprovinzen? Auf das Gutachten derselben stützte ich damals meine Kritik der Vorlage und hatte doch wenigstens den Erfolg, daß der Reichstag das Gesetz in zweiter Lesung in der von meinen Freunden und mir beantragten Form annahm, wenn das Gesetz auch schließlich unerledigt blieb. Nun soll es uns in der alten Form wieder zugehen, weil, wie verlautet, der Reichsanwalt erklärt, das Gesetz gerade in dieser Form als Waffe nicht entbehren zu können oder zu wollen. Kampf, nichts als Kampf, m. H., und mit Waffen, die schließlich in ihrer ganzen Schärfe gegen uns sich wenden werden. Welche Illustration liefert diese Nichtbeachtung des Rathes von Sachverständigen für den neuen Volkswirtschaftsrath in Preußen!

Ich gehe nach dieser Abschweifung auf meine Ausführungen zurück, daß die nationalliberale Fraktion gerne bereit gewesen, die Mittel für die erforderlichen Bedürfnisse des Reiches zu bewilligen. Da allgemein anerkannt wurde, daß eine weitere Vermehrung der direkten Steuern in den einzelnen Staaten nicht möglich, so konnte es sich nur

um indirekte Steuern handeln, über deren ursprüngliche beabsichtigte Aufbringungsart ich mich schon ausgelassen habe. Wie sehr auch unter dem Gesichtspunkte eines absolut gerechten Steuerungsprinzips betrachtet, in der Theorie die direkten Steuern vor den indirekten den Vorzug verdienen, so läßt es sich doch nicht verkennen, daß in der Praxis eine rationell veranlagte indirekte Steuer manche Vorzüge haben kann und wird. Als eine solche würde ich aber nur eine Steuer betrachten, die der, welcher sie zahlt, gewissermaßen freiwillig zahlt, weil sie ihm nicht das Nothwendige, sondern das Ueberflüssige vertheuert. Ich erinnere hier an die indirekte Besteuerung Englands, aus welcher der Staat circa 60% seiner Gesamteinnahmen zieht, und welche nur die 8 Artikel: Tabak, Wein, Spirituosen, Thee, Kaffee, Kakao, Cichorien und gedörrte Früchte, umfaßt. Ein System, welches der Reichsanwalt im Jahre 1877 selbst noch als sein eigenes Ideal bezeichnete! Die Regulirung der Reichsfinanzen, m. H., war aber nicht der einzige Zweck der Reform; man wollte mit derselben auch eine Steuerreform in den Einzelstaaten verbinden, in der ausgesprochenen Absicht, durch eine etwas anders vertheilte Steuerlast den Druck derselben weniger fühlbar zu machen. Gerade diese Frage ist bei der Verathung des Zolltarifs scharf in den Vordergrund getreten, leider in einer Weise, die die Mitwirkung aller wirklich liberalen Elemente bei diesem Reformwerke immer mehr und mehr unmöglich erscheinen ließ. Schließlich bewirkte dieselbe sogar die Ablehnung der Finanzzölle und gefährdete außerdem ernstlich das Zusammenwirken der national-liberalen Fraktion. Die Frage der Importzölle war in der Fraktion immer, schon des lieben Friedens halber, als eine offene behandelt worden. Die Freihändler sagten sich, daß die Zeit für die Zweckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit dieser Zölle die beste Probe sein werde. Ganz anders aber gestaltete sich nach und nach das Bild, als zu dem immer mehr sich überlagernden Aufwiegen der Schutzzöllner im Reichstage noch die maßlosen Ansprüche der Agrarier sich gesellten. (Hört! Hört!) Da begann ein gegenseitiges Bieten und Ueberbieten, wie es nur bei der Entfesselung eines Interessentkampfes und aller Leidenschaften eines solchen denkbar ist, so daß schließlich die Frage: „was ist liberal?“ immer weiter in den Vordergrund geschoben wurde. War doch mittlerweile das vorgesetzte Ziel, für die Bedürfnisse des Reiches Mittel zu beschaffen, weit überholt! Galt es doch schon neben der Befriedigung unberücksichtigter Sonderinteressen Steuern zu bewilligen, um Gelder zu beschaffen zur schließlichen Vertheilung an die Einzelstaaten, welche diese zu Zwecken beantragen sollten, die der Einwirkung und Kontrolle des Reichstages sich ganz entzogen. Und wenn alle diese Zwecke auch aus-

drücklich Steuererlasse in den Einzelstaaten bezeichnet wurden, so lehrte doch die jüngste Zeit, wie nebelhaft alle Projekte auf diesem Gebiet noch sind, und wie dringend nöthig es ist, vor sanguinischen Hoffnungen sich zu hüten. Bedenken wir wohl, daß wir schließlich wahrscheinlich doch nur das als Steuererlaß in die linke preussische Tasche werden stecken können, was wir eben aus der rechten deutschen Tasche als neue Steuer herausgenommen haben, wenn nicht inzwischen bei dieser kleinen gymnastischen Uebung noch manches Geldstück auf der kurzen Strecke verloren geht. (Heiterkeit.) Und zu diesen Zwecken sollen Steuern dienen, die, wie die Version lautet, etwas anders vertheilt, den Druck, welchen sie verursachen, weniger fühlbar machen sollen. M. H., klar gesprochen heißt das: Steuern, die unter Belastung und Vertheuerung aller nothwendigen Nahrungsmittel und Lebensbedürfnisse der großen Masse der Bevölkerung den oberen, bemittelteren Schichten vielleicht eine Erleichterung gewähren. Hier ist der Punkt, wo der Begriff „liberal“ am schärfsten auf die Probe gestellt wird. Ein wirklich liberaler Mann kann und wird einer derartigen Vertheilung der Steuerlast nicht zustimmen. (Lebhafter Beifall.) Sie finden deshalb auch hier den Schlüssel zu der unter dem Namen der Sezession vollzogenen Bewegung, die auch meinen Austritt aus der national-liberalen Fraktion in sich schließt. Lassen Sie mich darüber nicht viele Worte machen; ich könnte Ihnen doch nur erzählen, was Sie in der vorstehenden Schrift des Dr. Bamberger, „Die Sezession“, klar und jedenfalls schöner lesen können. Daß die Sezession aber und mein Anschluß an dieselbe hier in meinem Wahlkreise nicht allein voll und ganz verstanden, sondern auch, wenn ich die Bemerkungen unserer gemeinsamen Presse, und viele Gespräche, die ich darüber gepflogen, in Betracht ziehe, allseitig gebilligt worden, hat mich mit Freude und Genugthuung erfüllt. (Allseitige Zustimmung.)

Aber nicht allein die wirtschaftliche Reaktion, sondern auch die mit ihr in engster Wechselwirkung stehende rückläufige Bewegung auf fast allen Gebieten des politischen Lebens ließ ein festes, geschlossenes Auftreten der Liberalen dringend erforderlich erscheinen. So kam der Entschluß zur Ausführung, den Versuch zu machen, was in der Gegenwart verloren, in der Zukunft wieder zu gewinnen, indem der Grundstein gelegt wurde zu der Bildung einer großen liberalen Partei. Der bisherige Erfolg dieses Schrittes giebt uns die Zuversicht, daß wir das Richtige getroffen, an unseren Wählern ist es nun, an dem von uns begonnenen Werke rüstig mit bauen zu helfen. (Allseitiger Beifall.) Wenn mir etwas bei diesem Schritte schwer geworden, so war es die Trennung von einem Manne, den ich schon in der kurzen Zeit des Zusammenwirkens mit

ihm aufrichtig verehren gelernt habe, Herr von Bennigsen. Ein Mann, der es um die liberale Sache in erster Zeit wahrlich verdient hat, daß auch die, welche über die einzuschlagenden Wege heute anderer Meinung sind als er, es an der größten Hochachtung ihm gegenüber nicht fehlen lassen. Ich weiß, daß dieses Empfinden von meinen näheren politischen Freunden im Reichstage getheilt wird; es meinerseits aber hier öffentlich auszusprechen, war mir Bedürfnis. Für mich, m. H., bedeutet die Sezession die Befestigung und Bestätigung der von mir auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete vom Augenblicke meines Eintritts in den Reichstag eingegangenen Haltung, wie ich solche meinem Wahlkreise und mir selbst schuldig war. (Allseitige Zustimmung.)

Wir wollen an dem liberalen Gedanken festhalten, auf welchem die wirtschaftliche und politische Gesetzgebung unter Mitwirkung des Fürsten Bismarck und einer Zahl bedeutender, um das Vaterland hochverdienter Männer seit Begründung des deutschen Reiches aufgebaut worden ist. Wir wollen allen Bestrebungen, welche auf Befestigung des mühevoll Erreichten gerichtet sind, ohne an die Stelle desselben etwas Anderes zu setzen, als dem Augenblicke entsprungene Projekte, die der nächste Augenblick vielleicht schon wieder verweist, energisch entgegenzutreten. (Sehr gut.) Wir bedürfen einer Regierung, die ihrer Ziele sich bewußt ist und dieselben klar verfolgt. Nur wenn eine solche in enger Fühlung sich befindet mit der Volksvertretung, kann eine gleichmäßige Fortentwicklung unserer Staatseinrichtungen in liberalem Geiste sich vollziehen. Und nur in diesem Zusammenwirken kann eine Bürgschaft gefunden werden gegen Bestrebungen, von welcher Seite sie auch kommen mögen, die den Frieden und die gemeinsame Arbeit der verschiedenen Berufsstände im öffentlichen Leben hemmen und gefährden. Bei aller Dankbarkeit, welche wir dem Fürsten Bismarck schulden für die Einigung und Nachstellung unseres Vaterlandes, dürfen wir doch nicht vergessen, daß man einen Mann von solcher weltgeschichtlichen Bedeutung durch nichts besser ehren kann, als durch Wahrheit und durch den Muth der eigenen freien Ueberszeugung. (Lebhafter Beifall.)

So lassen Sie uns denn, m. H., mit derselben rückhaltlosen Energie, wie er, bei dem beharren, was wir für Recht erkannt, und mit seiner, vor keinem Mißerfolge zurückschreckenden Festigkeit das zu erreichen trachten, was nach unserer gewissenhaften Ueberszeugung unserem Vaterlande zum Segen gereicht. (Lebhafter Beifall.)

In diesem Sinne, m. H., werde ich, wie bisher auf anderen Gebieten, so auch jetzt im Reichstage meine Vaterstadt fest und freudig vertreten, solange noch dies Mandat in meinen Händen ruht. (Lange anhaltender, sich immer erneuernder Beifall.)